
FDP Waldeck-Frankenberg

WALDGESETZ

03.04.2019

- Schwarz-Grün kommt spät mit einer Regelung
- Pläne für Waldstillegungen beenden
- Wirtschaftliche Betätigung der Kommunen restriktiv und pragmatisch regeln

WIESBADEN - Zur Plenardebatte um das Waldgesetz erklärt die forstpolitische Sprecherin der Freien Demokraten im Hessischen Landtag Wiebke KNELL: „Schwarz-Grün versucht mit heißer

Nadel gestrickt, die Probleme zu lösen, die sich bei der Neuregelung der Holzvermarktung schon

lange abgezeichnet haben. Was die Lockerung der wirtschaftlichen Betätigung von Kommunen angeht,

so sind wir auf die dazugehörige Anhörung gespannt. Insbesondere auch deshalb, weil die Ausnahmeregelung im Waldgesetz erfolgt und nicht wie die sonstigen Ausnahmen in der Hessischen

Gemeindeordnung festgelegt wird.

Die Neuregelung der Holzvermarktung und die derzeitige schwierige Situation nach der Dürre und der damit einhergehende Befall durch den Borkenkäfer oder die Rußrindenkrankheit zeigen, wie komplex die Themen im Wald sind. Vor diesem Hintergrund fordern wir die Landesregierung auf, den Landesbetrieb Hessen Forst nicht auch noch mit einer ökologisch und ökonomisch fehlgeleiteten Stilllegung von Waldflächen zu überfrachten. Zumal alle Experten und Wissenschaftler in Untersuchungen dargelegt haben, dass stillgelegte Flächen zu weniger Artenvielfalt führen.“